

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Abteilung IV Industrie

MinDir` in Dr. Baron

Scharnhorststr. 34-37

10115 Berlin

Vorab per Mail an: buero-iv@bmwe.bund.de

Frankfurt, den 19.08.2026

Betreff: Umsetzung der erweiterten Herstellerverantwortung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie (KARL) in nationales Recht

Sehr geehrte Frau Dr. Baron,

als Verband TEGEWA e. V. vertreten wir Hersteller von Kosmetischen Rohstoffen und Pharmazeutischen Hilfsstoffen, sowie Hersteller von z. B. Textil- und Lederhilfsmitteln, Papierhilfsmitteln, Tensiden, Komplexbildnern, Antimikrobiellen Mitteln, Polymeren Flockungsmitteln.

In diesem Zusammenhang vertreten wir Industrieunternehmen, die kosmetische Rohstoffe herstellen und die – auch wenn diese Stoffhersteller selbst nicht der erweiterten Herstellerverantwortung (EPR – Extended Producer Responsibility) der EU-Kommunalabwasserrichtlinie (KARL) in Artikel 9, Anhang III der KARL unterliegen – von der Einstufung von Stoffen als potenzielle Mikroschadstoffe betroffen sein können, die für den Hersteller/ Importeur des Kosmetikprodukts eine Zahlungsverpflichtung im Rahmen der EPR auslöst, sofern ein als Mikroschadstoff eingestuftter Stoff in dem (auf dem europäischen Markt) in Verkehr zu bringenden Produkt weiterverwendet wird (Artikel 9, 10, Anhang III der KARL).

Wir begrüßen und unterstützen grundsätzlich die Ziele der KARL, eine vierte Reinigungsstufe in kommunalen Kläranlagen einzuführen, um Mikroschadstoffe, die eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit und die Umwelt darstellen, aus kommunalem Abwasser zu entfernen.

I. Allerdings muss sichergestellt werden, dass die finanziellen Implementierungsmaßnahmen zur Einführung einer vierten Reinigungsstufe

- gezielt,
- praktikabel,
- unbürokratisch und
- effizient

/2

ausgerichtet sind, um das Ziel auch tatsächlich erreichen zu können - und auch den richtigen Verursacher treffen.

Dies sehen wir mit der Einführung der erweiterten Herstellerverantwortung (EPR – Extended Producer Responsibility) in Artikel 9, 10, Anhang III der KARL als nicht sichergestellt an.

Im Gegenteil:

- Die rechtlichen Vorgaben der KARL zur Einstufung von Mikroschadstoffen in Verbindung mit der Implementierung einer vierten Reinigungsstufe in kommunalen Kläranlagen (u. a. Artikel 9, 10, 2 (17), 8, Anhang III der KARL) sind unserer Ansicht nach derart „unausgereift“, daß sie nicht dazu führen können, das Ziel der Einführung einer vierten Reinigungsstufe zur Entfernung von (organischen) Mikroschadstoffen aus dem kommunalen Abwasser **realistischerweise finanziell und strukturell** langfristig zu erreichen. Zugleich werden die Hersteller von kosmetischen Rohstoffen mit erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen zu kämpfen haben. Damit könnten zahlreiche Substanzen (ob nun als Mikroschadstoff eingestuft oder nicht) nicht mehr auf dem europäischen Markt verfügbar sein. Zahlreiche Ziele der EU – wie z. B. die jüngst gebildete Critical Chemicals Alliance dürften somit im Kosmetikbereich ad absurdum laufen.
- Zudem wird vollkommen außer Acht gelassen, dass letztlich alleine der Verbraucher **entscheidet**, welches Produkt er kauft und wie er es **entsorgt** (d. h. welchen Emissionspfad z. B. ein ungenutztes Produkt letztlich in der Realität nimmt). In diesem Zusammenhang wollen wir auch auf den **wasserrechtlichen Sorgfaltsgrundsatz des § 5 (1) Wasserhaushaltsgesetz (WHG)** hinweisen, wonach jeder Verbraucher („jede Person“) verpflichtet ist, eine nachteilige Veränderung der Gewässereigenschaften zu vermeiden (z. B. durch unsachgemäße Entsorgung von z. B. ungenutzten, alten Kosmetikprodukten, die zu Abfall werden, über das Abwasser).

II. Wenn bestimmte Substanzen, die potenziell als Mikroschadstoff eingestuft werden, und somit für deren weitere Nutzung im in den Verkehr zu bringenden Kosmetikprodukt eine EPR-Gebühr anfällt, könnten diese Substanzen direkt aus dem Produkt herausformuliert werden und durch eine andere Substanz ersetzt werden.

Zugleich aber könnte eine Substanz nicht einfach substituiert, sondern ganze Produkte im Bereich Kosmetik vom Markt genommen werden, z. B. wenn eine Umformulierung nicht möglich ist. In diesem Fall könnten sowohl Substanzen, die nunmehr als Mikroschadstoffe eingestuft werden, als auch solche Substanzen, die nicht als Mikroschadstoffe eingestuft werden, aber nun einmal in diesem Produkt enthalten waren, vom europäischen Markt der kosmetischen Rohstoffe verschwinden und nicht mehr verfügbar sein.

Dies alles würde zur Folge haben, dass die vierte Reinigungsstufe nicht finanziert werden kann, da die vom Bundesumweltministerium (BMUKN) im Rahmen eines vom BMUKN zu planenden EPR-Gebührenmodells - in Kopplung an die Einstufung spezifischer Substanzen als Mikroschadstoffe - zu avisierenden Gebühren einfach nicht wie vorgesehen bei der Producer Responsibility Organisation (PRO) nach Artikel 9, 10, Anhang III der KARL „eingehen“.

Die Gebührenpflichtigkeit als solche stellt insofern **nicht die tatsächliche Finanzierungsgrundlage sicher**, wenn bestimmte als Mikroschadstoffe eingestufte Substanzen einfach nicht mehr in Kosmetikprodukten genutzt bzw. eingesetzt werden.

III. Aus unserer Sicht ist das **Schweizer Modell der Einführung einer vierten Reinigungsstufe** – wie es bereits erfolgreich in Baden-Württemberg eingeführt wurde – das effizienteste Modell ist, um eine vierte Reinigungsstufe gezielt, finanziell sichergestellt, unbürokratisch, langfristig praktikabel und effektiv implementieren zu können und andererseits eine weitere Abwanderung von industriellen Herstellern von kosmetischen Rohstoffen nach außerhalb der EU zu verhindern und enorme wirtschaftliche Schäden in dieser Industriebranche zu vermeiden.

Dabei wird die Abwassergebühr von allen an die kommunale Kläranlage angeschlossenen Personen und gewerblichen Betrieben bezahlt, wonach – laut Umweltportal Baden-Württemberg - in 2024 die Zusatzkosten dieser Reinigung, umgerechnet auf die Bevölkerung, bei unter 10 Euro pro Person und Jahr lagen ([Vierte Reinigungsstufe - Umweltportal Baden-Württemberg](#)).

Wenn Baden-Württemberg hier aufzeigt, wie es funktioniert – weshalb wurde europaweit das Heranziehen des „Schweizer Modells“ niemals in Betracht gezogen - obwohl es im Rahmen des „Feasibility of an EPR system for micro-pollutants“-Report der EU (2022)“ mit dem EPR-System verglichen worden war? Das „Schweizer Modell“ wurde hier u. a. abgelehnt, da in den 27 Mitgliedsstaaten unterschiedliche abgabenrechtliche Vorgaben vorgesehen sind. In diesem Zusammenhang ist nicht nachvollziehbar, nunmehr stattdessen ein EPR-System einführen zu wollen, das in 27 Mitgliedsstaaten mit potenziell 27 unterschiedlichen Einstufungen von Substanzen als Mikroschadstoffe und 27 daran gekoppelte unterschiedlichen EPR-Gebührenmodellen einhergeht. Dies wird massive Wettbewerbsverzerrungen im EU-Raum nach sich ziehen. Der abgabenrechtliche Vorteil eines EPR-Modells gegenüber dem „Schweizer Modell“ - **das im Bundesland Baden-Württemberg bereits erfolgreich realisiert wurde** – erschließt sich nicht.

IV. Wir befürchten durch die Umsetzung der EPR **massive wirtschaftliche Auswirkungen auf die Industrie der Kosmetikrohstoffhersteller**: Neben erheblichen Marktverschiebungen, Wettbewerbsverzerrungen, enormen wirtschaftlichen Effekten auf unsere Kosmetikrohstoffindustrieunternehmen, könnte dies eine weitere Abwanderung von Industrieunternehmen dieses Industriezweigs in das EU-Ausland bedeuten. Bestimmte Substanzen (auch solche ohne MikroschadstoffEinstufung) wären zudem auf kurz oder lang nicht mehr am europäischen – und somit nationalen – Markt verfügbar.

Die außereuropäische Industrie würde somit gestärkt und unsere Mitgliedsunternehmen geschwächt werden.

V. In diesem Zusammenhang haben wir das Bundesumweltministerium (BMUKN), Abteilung W - Wasserwirtschaft, Gewässer- und Meeresschutz, Frau Dr. Wilcken, über unsere Besorgnisse informiert und dem BMUKN dazu das beiliegende Schreiben zukommen lassen (Anlage 1).

VI. Weitere Informationen ergeben sich aus dem (englischsprachigen) TEGEWA-Positionspapier zur EPR der KARL, das wir Ihnen beiliegend mit der Bitte um Kenntnisnahme übersenden (Anlage 2).

Als TEGEWA möchten wir uns gerne gemeinsam mit unseren betroffenen Mitgliedsunternehmen und unserer Expertise in den Prozess zur Umsetzung der EPR der KARL in nationales Recht einbringen und stehen hier jederzeit für einen konstruktiven Dialog zur Verfügung.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn auch das Bundeswirtschaftsministerium sich beteiligen würde, und sich ebenfalls für den Ansatz des „Schweizer Modell“ einsetzen würde.

Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Ralf Kattaneck

Geschäftsführer
Verband TEGEWA e. V.



Ass. jur. Sakina Wagner LL.M. Eur.

Referentin
Verband TEGEWA e. V.

**Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz,
Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN)**
Abteilung W - Wasserwirtschaft, Gewässer- und Meeresschutz
MinDir Dr. Christine Wilcken
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin

Vorab per Mail an: poststelle@bmukn.bund.de

Frankfurt, den 19.08.2026

Betreff: Umsetzung der erweiterten Herstellerverantwortung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie (KARL) in nationales Recht

Sehr geehrte Frau Dr. Wilcken,

als Verband TEGEWA e. V. vertreten wir Hersteller von Kosmetischen Rohstoffen und Pharmazeutischen Hilfsstoffen, sowie Hersteller von z. B. Textil- und Lederhilfsmitteln, Papierhilfsmitteln, Tensiden, Komplexbildnern, Antimikrobiellen Mitteln, Polymeren Flockungsmitteln.

In diesem Zusammenhang vertreten wir Industrieunternehmen, die kosmetische Rohstoffe herstellen und die – auch wenn diese Stoffhersteller selbst nicht der erweiterten Herstellerverantwortung (EPR – Extended Producer Responsibility) der EU-Kommunalabwasserrichtlinie (KARL) in Artikel 9 (1), Anhang III der KARL unterliegen – von der Einstufung von Stoffen als potenzielle Mikroschadstoffe betroffen sein können, die für den Hersteller/ Importeur des Kosmetikendprodukts eine Zahlungsverpflichtung im Rahmen der EPR auslöst, sofern ein als Mikroschadstoff eingestufteter Stoff in dem (auf dem europäischen Markt) in Verkehr zu bringenden Produkt weiterverwendet wird (Artikel 9, 10, Anhang III der KARL).

Wir begrüßen und unterstützen grundsätzlich die Ziele der EU-Kommunalabwasserrichtlinie (KARL), eine vierte Reinigungsstufe in kommunalen Kläranlagen einzuführen, um Mikroschadstoffe, die eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit und die Umwelt darstellen, aus kommunalem Abwasser zu entfernen.

Allerdings muss sichergestellt werden, dass die finanziellen Implementierungsmaßnahmen zur Einführung einer vierten Reinigungsstufe

- gezielt,
- praktikabel,
- unbürokratisch und
- effizient

/2

ausgerichtet sind, um das Ziel auch tatsächlich erreichen zu können - und auch den richtigen Verursacher treffen.

Dies sehen wir mit der Einführung der erweiterten Herstellerverantwortung (EPR – Extended Producer Responsibility) in Artikel 9, 10, Anhang III der KARL als nicht sichergestellt an.

Im Gegenteil:

- Die rechtlichen Vorgaben der KARL zur Einstufung von Mikroschadstoffen in Verbindung mit der Implementierung einer vierten Reinigungsstufe in kommunalen Kläranlagen (u. a. Artikel 9, 10, 2 (17), 8, Anhang III der KARL) sind unserer Ansicht nach derart „unausgereift“, daß sie nicht dazu führen können, das Ziel der Einführung einer vierten Reinigungsstufe zur Entfernung von (organischen) Mikroschadstoffen aus dem kommunalen Abwasser realistischerweise finanziell und strukturell langfristig zu erreichen. Zugleich werden die Hersteller von kosmetischen Rohstoffen mit erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen zu kämpfen haben, die zu einer Abwanderung in das EU-Ausland führen können. Damit könnten zahlreiche Substanzen (ob nun als Mikroschadstoff eingestuft oder nicht) nicht mehr auf dem europäischen Markt verfügbar sein. Zahlreiche Ziele der EU – wie z. B. die jüngst gebildete Critical Chemicals Alliance dürften somit im Kosmetikbereich ad absurdum laufen.
- Zudem wird vollkommen außer Acht gelassen, dass letztlich alleine der Verbraucher entscheidet, welches Produkt er kauft und wie er es entsorgt (d. h. welchen Emissionspfad z. B. ein ungenutztes Produkt letztlich in der Realität nimmt). In diesem Zusammenhang wollen wir auch auf den wasserrechtlichen Sorgfaltsgrundsatz des § 5 (1) Wasserhaushaltsgesetz (WHG) hinweisen, wonach jeder Verbraucher („jede Person“) u. a. verpflichtet ist, eine nachteilige Veränderung der Gewässereigenschaften zu vermeiden (z. B. durch unsachgemäße Entsorgung von z. B. ungenutzten, alten Kosmetikprodukten, die zu Abfall werden, über das Abwasser).

Aus unserer Sicht sollten daher im Hinblick auf die nationale Umsetzung der EPR der KARL unbedingt folgende Argumente durch das BMUKN Berücksichtigung finden:

I. EPR-Gebührenmodell anhand von Mikroschadstoffdefinition und Ausnahmen

1. Einstufung von Substanzen als Mikroschadstoffe, Artikel 2 (17) der KARL

Die Definition der Mikroschadstoffe in Artikel 2 (17) der KARL gibt keinen Aufschluss darüber, wann eine Substanz als Mikroschadstoff einzustufen ist und wann nicht:

- Die Kombination aus Gefährlichkeit und Exposition („...die normalerweise vorhanden ist ... sogar in geringen Konzentrationen“), die zur Definition von Mikroschadstoffen verwendet wird, erzeugt ein Paradoxon. Im Gegensatz zur Gefährlichkeit gemäß CLP-Verordnung sind die Anwesenheits- und Konzentrationsschwellenwerte nicht definiert. Es ist nicht klar, welche Referenzen zur Bestimmung verwendet werden sollten „normalerweise vorhanden“. Darüber hinaus gibt es keinen Hinweis darauf, was als „niedrige Konzentration“ anzusehen ist und in welchen Fällen eine Konzentration unter einen unbestimmten Schwellenwert fallen könnte. Um willkürliche Entscheidungen oder

inkonsistente Entscheidungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu vermeiden, sind entweder **einfache, klare und praktikable Regeln** oder substanzspezifische Referenzdatenbanken erforderlich.

- Zugleich könnte dies zu einer wissenschaftlich ungerechtfertigten und unfairen Belastung einiger Stoffe, ihrer Hersteller und der Unternehmen führen, die Produkte mit diesem Stoff auf den Markt bringen. Der Grund hierfür liegt darin, dass die Definition des Mikroschadstoffs nicht nur zu unspezifisch und unklar ist, sondern auch nicht ausreicht, um über die Relevanz für die Umwelt zu entscheiden. Aspekte wie **Wirksamkeit, Adsorption und biologischer Abbau werden in der vorgeschlagenen Mikroschadstoffdefinition ignoriert**, was zu fehlerhaften regulatorischen Konsequenzen für Unternehmen und Wertschöpfungsketten führen könnte. Die EU-Kommission wie auch das BMUKN müsste hier eine **ganzheitliche Bewertung vornehmen**, um sich auf die richtigen Maßnahmen zu konzentrieren und die relevanten Stoffe anzugehen.
- Die **Abbaubarkeit von Stoffen**, die aufgrund ihrer inhärenten Eigenschaften und ihrer Entfernung aus dem Abwasser, beispielsweise durch Verflüchtigung oder Adsorption an Belebtschlamm, nicht in die vierte Reinigungsstufe gelangen, sollte bei der Feststellung berücksichtigt werden, ob ein Stoff gemäß der KARL als Mikroschadstoff einzustufen ist. Aus Sicht der Kosmetikrohstoffindustrie sind die Kriterien zur Feststellung, ob ein Stoff als Mikroschadstoff einzustufen ist, derzeit nicht ausreichend definiert. Die Berechtigung für eine Ausnahme von der Berücksichtigung sollte nicht ausschließlich auf der schnellen biologischen Abbaubarkeit beruhen. Stattdessen sollten die intrinsischen Eigenschaften der Stoffe (z. B. Löslichkeit, Adsorptionspotenzial), Daten zur Entfernung in Kläranlagen (z. B. aus OECD-303-Studien), Daten zum inhärenten biologischen Abbau (z. B. aus OECD-302-Tests) sowie Daten zur anaeroben biologischen Abbaubarkeit (z. B. aus OECD-311-Studien) als geeignete Nachweise herangezogen werden, um zu belegen, dass ein Stoff keinen relevanten Mikroschadstoff darstellt, der zur Verschlechterung des kommunalen Abwassers beiträgt (beispielsweise weil er effektiv aus dem Abwasser entfernt wird oder nicht persistent ist) und/oder die vierte Reinigungsstufe nicht erreicht, um dort entfernt zu werden. Folglich sollten solche Stoffe nicht als potenzielle Mikroschadstoffe eingestuft werden.
- Erwägungsgrund 18 der KARL besagt, dass Mikroschadstoffe zunächst auf **organische Substanzen** zu beschränken sind. Dies sollte bei der Einstufung von Mikroschadstoffen und der daran gekoppelten EPR-Gebühr gemäß der Definition in Artikel 2 (17) der KARL unbedingt vom BMUKN beachtet werden.
- Es sollten auch nur diejenigen Substanzen überhaupt als Mikroschadstoffe eingestuft werden dürfen, die **bewiesenermaßen technisch von einer vierten Reinigungsstufe „erkannt“ und entfernt** werden können.

- In diesem Zusammenhang sollte bei der Klassifizierung von Mikroschadstoffen sichergestellt sein, dass der jeweilige Stoff **nicht bereits technisch durch die erste, zweite oder dritte Reinigungsstufe entfernt** werden kann. Sollte ein solcher Stoff bereits durch die vorherigen Stufen technisch entfernt werden können, kann dieser Stoff nicht als Mikroschadstoff eingestuft werden, da er die vierte Reinigungsstufe niemals erreicht, sondern bereits entfernt wurde. Wir bitten daher das BMUKN sicherzustellen, dass nur diejenigen Stoffe tatsächlich als Mikroschadstoffe klassifiziert werden, die auch technisch tatsächlich nur durch die vierte Reinigungsstufe erkannt und entfernt werden können.
- Dabei sollte gewährleistet sein, dass **die erste, zweite und dritte Reinigungsstufe bereits einwandfrei funktionieren**, bevor die vierte Reinigungsstufe installiert wird. Es darf nicht sein, dass die insbesondere über von der Industrie zu zahlende Gebühren zu finanzierende vierte Reinigungsstufe Zusatzfunktionen für nicht funktionierende erste, zweite oder dritte Reinigungsstufen (mit-)übernimmt. Die Daseinsvorsorge sollte hier ihren rechtlichen und technischen Zweck erfüllen, wie vorgesehen.
- Für die nationale Umsetzung bedeutet dies unter anderem, dass die Auswahl der in Anhang III der KARL genannten Sektoren, die EPR als solche sowie die MikroschadstoffEinstufung **hinreichend bestimmt** sein muss, sich im Rahmen der Vorgaben des Artikel 2 (17) KARL halten muss, wobei die EPR-Gebührenpflicht insbesondere sowohl **umweltrechtlich als auch verwaltungsrechtlich konform, d. h. auch abgabenrechtlich, sowie mit dem Grundgesetz vereinbar umgesetzt und angewandt** werden muss.
- Welche Rolle spielt hier zudem der wasserrechtliche Sorgfaltsgrundsatz in § 5 (1) WHG, der jeden Verbraucher mit in die Pflicht nimmt?

2. Anwendung von Ausnahmen (national/ europaweit) für Mikroschadstoffe, Artikel 9 (2), (5) der KARL

Die **Anwendung der Ausnahmen** in Artikel 9 (2), (5) der KARL ist vollkommen unklar.

Zudem sollen Ausnahmen

- zum Teil durch den nationalen Gesetzgeber umgesetzt werden (Artikel 9 (2) a) der KARL) und
- zum Teil EU-weit implementierbar gemacht werden (Artikel 9 (2) b) der KARL).

Die Ausnahmen selbst basieren aber immer auf der Einstufung des Mikroschadstoffes, die rein national festgelegt wird.

Wie kann demnach eine einheitliche EU-weite Anwendung der Ausnahmeregelung in Artikel 9 (2) b), (5) der KARL sichergestellt sein, wenn die **Einstufung der Mikroschadstoffe aber letztlich (immer) national** auf Basis des Artikels 2 (17) der KARL festgelegt wird? Hier werden demnach potentiell 27 EU-Mitgliedsstaaten unterschiedliche Einstufungen, unterschiedliche EPR-Gebührenmodelle und unterschiedliche Anwendungen von Ausnahmen vorsehen.

3. Ausschluss bestimmter Substanzen von Einstufung als Mikroschadstoff

Es sollte unbedingt vom BMUKN klargestellt werden, dass bestimmte Substanzen im Vorhinein **von der Einstufung als Mikroschadstoffe im Sinne des Artikels 2 (17) der KARL ausgeschlossen** sind:

Dies betrifft beispielsweise

- Anorganische Substanzen, die gemäß Erwägungsgrund 18 der KARL ausgeschlossen sind.
- Substanzen, die niemals die vierte Reinigungsstufe erreichen, sollten per se ausgeschlossen werden. Beispielsweise können sich Stoffe, die stark adsorptiv oder unlöslich sind, hauptsächlich in Klärschlamm verteilen, anstatt im Abwasserstrom zu verbleiben. In solchen Fällen hätte eine vierte Reinigungsstufe keinen Einfluss auf ihre Entfernung.
- Substanzen, die wegen ihrer Abbaubarkeit niemals die vierte Reinigungsstufe erreichen.
- Substanzen, die von der vierten Reinigungsstufe technisch nicht erkannt und somit gar nicht entfernt werden können.

4. Emissionspfad berücksichtigen, wenn EPR-pflichtiges Kosmetikprodukt nicht im Abwasser landet

Es stellt sich auch die Frage des Emissionspfades: Kosmetikprodukte, die der Verbraucher gar nicht verwendet, landen womöglich im Restmüll und werden verbrannt.

Wie geht das BMUKN mit diesen Effekten um?

Dies betrifft beispielsweise eine Substanz, die als Mikroschadstoff nach KARL für den Eintrittspfad des Abwassers eingestuft wird, aber in der Realität das Abwasser niemals erreicht, sondern im Produkt, das zu Abfall geworden ist, via Restmüll verbrannt wird.

Wie kann eine EPR zudem mit dem Sorgfaltsgrundsatz des § 5 (1) WHG in Einklang gebracht werden, wenn der Verbraucher ungenutzte, alte Kosmetikprodukte, die zu Abfall geworden sind, fälschlicherweise über das Abwasser entsorgt?

II. Gebührenmodell in Kopplung an MikroschadstoffEinstufung (samt Ausnahmen/ Ausschlüsse): Finanzielle Grundlage zur Einführung einer vierten Reinigungsstufe nicht gewährleistet

Je nachdem, wie das BMUKN Mikroschadstoffe in der praktischen Umsetzung rechtlich zulässig definiert, und diese Klassifizierungen dann in entsprechende Gebührenstufen münden, wird dies unweigerlich dazu führen, dass bestimmte Stoffe, die nunmehr als Mikroschadstoffe eingestuft werden, zu teuer zur weiteren Nutzung werden könnten.

Konsequenz:

- Als Mikroschadstoffe eingestufte Substanzen könnten somit herausformuliert und durch andere Substanzen, die nicht als Mikroschadstoffe klassifiziert sind, ersetzt werden.

- Schlechterdings aber wird eine Substanz nicht einfach substituiert, sondern ganze Produkte im Bereich Kosmetik vom Markt genommen, z. B. wenn eine Umformulierung nicht möglich ist. In diesem Fall könnten sowohl Substanzen, die nunmehr als Mikroschadstoffe eingestuft werden, als auch solche Substanzen, die nicht als Mikroschadstoffe eingestuft werden, aber nun einmal in diesem Produkt enthalten waren, vom europäischen Markt der kosmetischen Rohstoffe verschwinden und nicht mehr verfügbar sein. Dies würde zu erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Industrie der Kosmetikrohstoffhersteller führen, neben Produktionsstopps könnten weitere Unternehmen in das außereuropäische Ausland abwandern.
- Dies alles würde zur Folge haben, dass die vierte Reinigungsstufe nicht finanziert werden kann, da die vom Bundesumweltministerium (BMUKN) im Rahmen eines vom BMUKN zu planenden EPR-Gebührenmodells - in Kopplung an die Einstufung spezifischer Substanzen als Mikroschadstoffe - zu avisierenden Gebühren einfach nicht wie vorgesehen bei der Producer Responsibility Organisation (PRO) nach Artikel 9, 10, Anhang III der KARL „eingehen“. **Die Gebührenpflichtigkeit als solche stellt insofern nicht die tatsächliche Finanzierungsgrundlage sicher, wenn bestimmte als Mikroschadstoffe eingestufte Substanzen einfach nicht mehr genutzt/ eingesetzt werden.**
- Sollte das BMUKN nicht in Zusammenarbeit mit der EU dafür Sorge tragen, dass auch EPR-zahlungspflichtige Importeure mit Hilfe eines EU-weiten Enforcementsystems (z. B. über den Zoll) von außerhalb der EU ihren EPR-Beitrag leisten, könnte dies die Kosten für diejenigen EPR-pflichtigen Unternehmen, die in Deutschland ordnungsgemäß ihre EPR-Gebühr zahlen, womöglich in erhöhte Gebühren münden, um die vierte Reinigungsstufe überhaupt finanzieren zu können. Für unsere Industrieunternehmen der kosmetischen Rohstoffhersteller bedeutet dies als Schlussfolgerung, dass die Gebühren zur weiteren Nutzung von Substanzen, die als Mikroschadstoffe eingestuft werden, weiter steigen könnten und somit – neben den Mikroschadstoff-Substanzen an sich – weitere Produkte im Kosmetikbereich wegen der EPR-Gebühren vom Markt genommen werden könnten. Damit würden auch Substanzhersteller, deren Substanzen gar nicht als Mikroschadstoffe eingestuft werden, wirtschaftlichen Schaden erleiden, da auch ihre Substanzen nicht weiter genutzt werden (da das Produkt schlichtweg nicht mehr hergestellt wird). Wir fordern daher das BMUKN auf, dafür Sorge zu tragen, dass auch EPR-pflichtige Unternehmen, die ihre Produkte von außerhalb der EU nach Deutschland importieren, ihren EPR-Gebührenanteil zu tragen haben, und hier angemessene Vollzugsmaßnahmen behördlicherseits durchgeführt werden.

III. Lösungsansatz: „Schweizer Modell“ (Baden-Württemberg als Leuchtturm)

Aus unserer Sicht ist das „Schweizer Modell“ der Einführung einer vierten Reinigungsstufe – wie es in Baden-Württemberg bereits erfolgreich eingeführt wurde – das effizienteste Modell ist, um eine vierte Reinigungsstufe gezielt, finanziell sichergestellt, unbürokratisch, langfristig praktikabel und effektiv implementieren zu können und andererseits eine weitere Abwanderung von industriellen Herstellern von kosmetischen Rohstoffen nach außerhalb der EU zu verhindern und enorme wirtschaftliche Schäden in dieser Industriebranche zu vermeiden.

Dabei wird die Abwassergebühr von allen an die kommunale Kläranlage angeschlossenen Personen und gewerblichen Betrieben bezahlt, wonach – laut Umweltportal Baden-Württemberg – in 2024 die Zusatzkosten dieser Reinigung, umgerechnet auf die Bevölkerung, bei unter 10 Euro pro Person und Jahr lagen (Vierte Reinigungsstufe - Umweltportal Baden-Württemberg).

Wenn Baden-Württemberg hier aufzeigt, wie es funktioniert – weshalb wurde europaweit das Heranziehen des „Schweizer Modells“ niemals in Betracht gezogen – obwohl es im Rahmen des „Feasibility of an EPR system for micro-pollutants“-Report der EU (2022)“ mit dem EPR-System verglichen worden war? Das „Schweizer Modell“ wurde hier u. a. abgelehnt, da in den 27 Mitgliedsstaaten unterschiedliche abgabenrechtliche Vorgaben vorgesehen sind. In diesem Zusammenhang ist nicht nachvollziehbar, nunmehr stattdessen ein EPR-System einführen zu wollen, das in 27 Mitgliedsstaaten mit potenziell 27 unterschiedlichen Einstufungen von Substanzen als Mikroschadstoffe und 27 daran gekoppelte unterschiedlichen EPR-Gebührenmodellen einhergeht. Dies wird massive Wettbewerbsverzerrungen im EU-Raum nach sich ziehen. Der abgabenrechtliche Vorteil eines EPR-Modells gegenüber dem „Schweizer Modell“ - **das im Bundesland Baden-Württemberg bereits erfolgreich realisiert wurde** – erschließt sich nicht.

IV. TEGEWA-Positionspapier zur erweiterten Herstellerverantwortung der KARL

Weitere Informationen ergeben sich aus dem TEGEWA-Positionspapier, das wir Ihnen beiliegend mit der Bitte um Kenntnisnahme als Anlage übersenden.

Als TEGEWA möchten wir uns gerne gemeinsam mit unseren betroffenen Mitgliedsunternehmen und unserer Expertise in diesen Prozess des BMUKN einbringen und stehen hier jederzeit für einen konstruktiven Dialog zur Verfügung.

Das Schreiben haben wir auch dem Bundeswirtschaftsministerium (Abteilung IV Industrie, MinDir` in Dr. Baron) zukommen lassen.

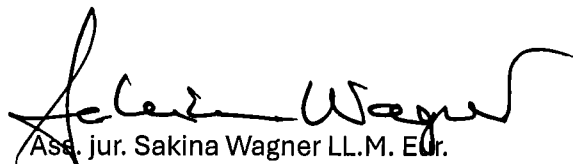
Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Ralf Kattaneke

Geschäftsführer
Verband TEGEWA e. V.



Ass. jur. Sakina Wagner LL.M. Eur.

Referentin
Verband TEGEWA e. V.

Position on Extended Producer Responsibility (EPR) of EU Urban Wastewater Treatment Directive (UWWTD)

The Association TEGEWA e. V. represents the industry in the fields of cosmetic raw materials, surfactants, textile, paper and leather auxiliaries, colorants, antimicrobial agents, polymeric flocculants and allied products ([TEGEWA - TEGEWA\(en\)](#)).

In the new EU Urban Wastewater Treatment Directive (UWWTD¹), in force since 1.1.2025, a new system of Extended Producer Responsibility (EPR) has been implemented in Articles 9, 10, Annex III UWWTD which (initially) designates the cosmetics and pharmaceutical sectors as sectors responsible for paying EPR shares: The producer of an EPR-obliged product has therefore (among other costs) to pay at least 80 % of the full costs for complying with the requirements set out in Article 8 UWWTD (quaternary treatment), including the investment and operational costs for the quaternary treatment of urban wastewater to remove micropollutants resulting from the products they place on the market and from the residues of those products. In this context, the Polluter Pays Principle forms one of the important pillars of European environmental policy, Article 191 (2) TFEU²: Recital (20) of the UWWTD refers directly to the Polluter Pays Principle in Article 191 (2) TFEU in establishing the EPR in the UWWTD. The EPR has to be implemented by 31 December 2028 into national law by the EU Members States for producers who place cosmetic products and pharmaceuticals on the market, that contain specific substances, classified as micropollutants (pursuant Article 2 (17) UWWTD).

In this context, we represent industrial companies that manufacture cosmetic raw materials and that - even though these substance producers are not subject to EPR themselves - may be affected by the classification of substances as potential micropollutants, which triggers an EPR payment obligation for the end-product manufacturer of cosmetic products for further using this substance in the product to be placed on the market.

A. Impact Assessment of EU Commission on responsible EPR-sectors

We generally welcome and support the UWWTD's aims to introduce a quaternary treatment in urban wastewater treatment plants (WWTP) to remove micropollutants hazardous for public health and the environment from urban wastewater, resulting from products placed on the

¹ Directive (EU) 2024/3019 of the European Parliament and of the Council of 27 November 2024 concerning urban wastewater treatment, in force since 1.1.2025; <https://eur-lex.europa.eu/eli/dir/2024/3019/oj/eng>.

² Treaty on the Functioning of the European Union (TFEU), [EUR-Lex - 12012E/TXT - EN - EUR-Lex](#) (Consolidated Version).

market, that could not be reduced or removed in the previous treatment stages (first, secondary and tertiary treatment).

However, it must be ensured that the financial burden of this structural measures target the relevant and responsible polluters.

As a result of the EU Commission's impact assessment³, only two sectors - cosmetic and pharmaceutical - are regarded as responsible sectors for micropollutants in the urban wastewater and are obliged to the EPR of Article 9, Annex III UWWTD.

In that context,

- we question the fact that, with regard to the implementation of a system for introducing quaternary treatment in urban wastewater treatment plants to remove micropollutants, **consumers were not taken into account at all as the sole decision-maker as to which product to buy** (and how to dispose of it if it becomes waste⁴, which may also lead to an emission pathway outside the wastewater, e.g. if the purchased product will not be used and end up as waste in residual waste).
- we consider this EPR-system non-workable as the **financial basis** for implementing the quaternary treatment stages **is not ensured at all**.

Instead, we believe that the „Swiss model“- which uses a wastewater charge applied to connected residents (consumers) and business companies - more effectively and efficiently takes into account a feasible system with regard to the removal of micropollutants by implemented quaternary treatment in urban wastewater treatment plants than the EU's EPR-system (see B. III.).

With maybe 27 different national implementation systems with the respective EPR-fee-systems, the UWWTD's EPR-system will lead to significant economic impacts on European cosmetic raw materials industry - and could encourage a migration of this industry branch to countries outside the EU.

B. Sector-based-model of the EPR for financing the quaternary treatment (with its share)

I. Sector-based EPR-model as basis for the implementation of EPR in UWWTD

EU has implemented the sector-based model of EPR in Article 9 (1), Annex III UWWTD: The sector-based EPR model requires producers of cosmetic products to pay an EPR fee if they wish to continue using a substance that has been classified as a micropollutant in products they want to place on the market.

³ European Commission, Impact assessment, Accompanying the document Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council concerning urban wastewater treatment (recast), SWD(2022) 541 final, 26.10.2022; <https://environment.ec.europa.eu/system/files/2022-10/Impact%20assessment%20accompanying%20the%20proposal.pdf> .

⁴ EU-Final Report on „Feasibility of an EPR system for micro-pollutants“ (2022), page 42: „(...)The fates and pathways of substances in cosmetic products are summarised in Figure 11. Some sold cosmetic products that are used are eventually washed directly into wastewater. Unused or expired products may be disposed of (incorrectly) directly to wastewater (through flushing in sinks and toilets) or discarded in solid household waste (...)“, <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/14249cbc-5f1c-11ed-92ed-01aa75ed71a1/language-en> .

The sector-based EPR-model is already used in the existing and implemented EPRs in European environmental law (for example in European waste law, with Packaging and Packaging Waste Directive (PPWD)⁵ or the Waste Electrical and Electronic Equipment (WEEE)⁶ Directive).

At the end of 2033, with the first evaluation of the UWWTD, more sectors could be included in the EPR-obligation-system of Article 9, 10, Annex III UWWTD.

General Comments

- Once EPR is spread across multiple sectors from 2033, we assume that EPR-fees should decrease.
- The sector-based model foresees that the producer of a cosmetic product has to pay an EPR-fee if he further wants to use a specific substance that is classified as a micropollutant in the product that is intended to be placed on the market. Depending on how the classification of a micropollutant will be implemented in the individual Member States and how this classification will be linked with the EPR fee structure, the EPR-charges could very much differ from each other in the 27 EU Member States - and also the classification of micropollutants would differ from each Member State and would lead to inconsistency and inequality on European market.
- At the same time, the EU and the competent authorities in the Member States should ensure that the three treatment stages preceding quaternary treatment are already functioning effectively in every urban wastewater treatment plant. This is a prerequisite both for the proper implementation of the UWWTD and for the efficient operation of quaternary treatment.
- Furthermore, it should be demonstrated that the micropollutants under consideration can in fact be effectively technically⁷ be removed by quaternary treatment stages. Such proof is essential to justify the imposition of EPR charges on obligated parties and to ensure that the objectives of the UWWTD can genuinely be achieved. At the same time, this includes, conversely, that only those substances that technically can be removed from the quaternary treatment stage may be classified micropollutants⁸ (also in reference to Recital (18) of UWWTD).

⁵ Article 45 PPWD; Regulation (EU) 2025/40 of the European Parliament and of the Council of 19 December 2024 on packaging and packaging waste, amending Regulation (EU) 2019/1020 and Directive (EU) 2019/904, and repealing Directive 94/62/EC; https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L_202500040&pk_campaign=todays_OJ&pk_source=EUR-Lex&pk_medium=X&pk_content=Environment&pk_keyword=Regulation.

⁶ Article 12 and 13 WEEE; Consolidated text: Directive 2012/19/EU of the European Parliament and of the Council of 4 July 2012 on waste electrical and electronic equipment (WEEE); [EUR-Lex - 02012L0019-20240408 - EN - EUR-Lex](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L_201200019-20240408-EN-EUR-Lex).

⁷ EU-Final Report on „Feasibility of an EPR system for micro-pollutants“ (2022), page 14: Treatment technologies for micropollutants; <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/14249cbc-5f1c-11ed-92ed-01aa75ed71a1/language-en>.

⁸ EU-Final Report on „Feasibility of an EPR system for micro-pollutants“ (2022), page 50, 51: „*Inorganic substances and water contained in (...) Cosmetic Products should be excluded from the scope of EPR because the fourth treatment does not target them. Inorganic substances can be defined as substances that do not contain carbon-hydrogen bonds*“; <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/14249cbc-5f1c-11ed-92ed-01aa75ed71a1/language-en>.

- Substances that do not even reach the quaternary treatment stage should logically be excluded from any EPR-based financing mechanism. For example, substances that are highly adsorptive or insoluble may primarily partition into sewage sludge rather than remain in the wastewater stream. In such cases, quaternary treatment would have no effect on their removal.
- It should also be recognised that the consumer ultimately decides which products are purchased and used. Micropollutants originating from cosmetic products do not typically result from direct industrial emissions. Instead, they enter urban wastewater primarily through consumer use of products and, in some cases, through improper disposal of cosmetic products once they become waste⁹. Any financial mechanism should therefore carefully consider who is actually able to influence the emission path and the resulting environmental exposure.
- If unused cosmetic products subject to the EPR are disposed of by consumers in residual waste, what consequences can be expected for substances classified as micropollutants that are incinerated as residual waste in these products? How does the EU Commission intend to deal with such cases? Shouldn't such a "waste factor", which leads to a completely different emission path, also be taken into account in the classification of micropollutants? What data does the EU Commission have on this issue? (*Note: This topic was already discussed in the EU-Final Report on „Feasibility of an EPR system for micro-pollutants“ (2022)¹⁰.*)

II. Rejection of a substance-based EPR-model

Since a sector-based EPR model is implemented in Article 9, Annex III UWWTD in this context, we would like to clarify in general that **we reject a substance-based EPR-model for the following reasons** (even though this model is not included in the UWWTD in force since 1.1.2025, it may nevertheless be discussed in the context of the lawsuit of Poland against EPR provisions of UWWTD before the European Court of Justice (Case C-193/25¹¹)):

- (1) Cosmetic raw materials can be used across a wide range of product categories, resulting in different emission pathways for the same substance. For example, a

⁹ EU-Final Report on „Feasibility of an EPR system for micro-pollutants“ (2022), page 42: „(...)The fates and pathways of substances in cosmetic products are summarised in Figure 11. Some sold cosmetic products that are used are eventually washed directly into wastewater. Unused or expired products may be disposed of (incorrectly) directly to wastewater (through flushing in sinks and toilets) or discarded in solid household waste (...)“, <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/14249cbc-5f1c-11ed-92ed-01aa75ed71a1/language-en>.

¹⁰ EU-Final Report on „Feasibility of an EPR system for micro-pollutants“ (2022), page 42: „(...)The fates and pathways of substances in cosmetic products are summarised in Figure 11. Some sold cosmetic products that are used are eventually washed directly into wastewater. Unused or expired products may be disposed of (incorrectly) directly to wastewater (through flushing in sinks and toilets) or discarded in solid household waste (...)“, <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/14249cbc-5f1c-11ed-92ed-01aa75ed71a1/language-en>.

¹¹ Case C-193/25: Action brought on 10 March 2025 before the Court of Justice of the European Union (CJEU) – Republic of Poland v. European Parliament and Council of the European Union; <https://eur-lex.europa.eu/eli/C/2025/2189/oj/eng>.

substance may be incorporated into a product that is ultimately disposed of as residual waste (and then incinerated as waste) rather than discharged into wastewater.

(2) Consequently, substance manufacturers have no influence over the downstream use and application of their substances. In particular, they do not determine:

- in which products a substance will be used;
- at what concentration or percentage, it will be incorporated into a product; or
- which emission pathway the substance will follow during or after the product's use.

As a result, substance manufacturers are generally unable to identify which substances will ultimately enter urban wastewater. Positioned far upstream in the value chain, they are not involved in the product use phase and have no control over, or visibility of, the resulting emission pathways.

(3) Only the manufacturer of the final product has full knowledge of all substances contained in that product. Furthermore, only the product manufacturer determines, through its product formulation, which substances that may potentially qualify as micropollutants are used and at what concentration. In addition, for a given product, the likely emission pathway is generally known and can therefore be assessed.

(4) It should be clear that a substance-based model would render the EPR unworkable in the Member States. The EU would further weaken its own industry and contribute to the migration of additional industrial sectors to countries outside Europe.

(5) Furthermore, such a substance-based EPR model could be probably legally challengeable, as it is not compatible with the Polluter Pays Principle under European environmental law. Imposing financial responsibility on upstream substance manufacturers that neither control nor influence the use of a substance, its concentration in a product, or its emission pathway would not appropriately reflect actual responsibility for the release of micropollutants into urban wastewater.

III. Introduction of the approach according to „Swiss model“ - feasible and unbureaucratic

We believe that a system for implementing and financing a quaternary treatment in urban wastewater treatment plants should, at a minimum, meet the following criteria:

1. It must be practical and feasible.
2. It must be non-bureaucratic and easy to administer.
3. It must appropriately reflect the responsible sectors in line with the EU Polluter Pays Principle.
4. It must be harmonised across the EU, including a consistent application of definitions, such as those relating to micropollutants, and any derogations and exclusions.
5. It must avoid unnecessary complexity in implementation.

6. It must be based on technically proven approaches that are able to target and remove micropollutants.
7. The associated costs and fees must be affordable and realistic, thereby ensuring a viable and sustainable funding basis.

In contrast, the EPR system introduced under the UWWTD is highly complex, not harmonized across the EU and will lead to divergent implementation across EU Member States:

- This could lead to quaternary treatments plans just not being able to be financed by the industry (80 % or more, Article 9 (1) UWWTD) because of too high costs. High EPR-charges could lead to no funding basis for quaternary treatment, the EU planned EPR-system with two sectors would simply not be workable.
- The phase-out of one substance from a product could lead to its replacement by another substance. Such substitution effects would cause significant shifts within the European cosmetic raw materials industry market and could result in certain substances no longer being supplied to the European market, and therefore no longer being available on the European market.
- The withdrawal of cosmetic products from the market could have substantial economic consequences for the cosmetic raw materials industry. Such impacts would not be limited to substances classified as micropollutants: All other ingredients (not identified as micropollutants) contained in the affected products would also be touched and not further be used in these products, as these products would no longer be manufactured.
- This effect could also lead to substances (which are not classified as micropollutants) then being produced only in reduced quantities in the EU or no longer being produced at all and thus no longer being available on the European market.
- This system could lead to massive distortions of competition that would weaken the European cosmetic raw materials industry, which in turn could result in fewer cosmetic raw materials actually being available on the European market – which would at the same time strengthen competition from the cosmetic raw materials industry outside Europe.
- Simultaneously, the objectives of Articles 9, 8 UWWTD - namely the effective implementation of quaternary treatment for the removal of micropollutants - would not be achieved.

To provide an alternative perspective on the implementation of a quaternary treatment stage: Switzerland has successfully implemented a non-complex, practical and feasible system for financing and introducing quaternary treatment in urban wastewater treatment plants to remove micropollutants from urban wastewater („Swiss-model“¹²). This model meets the above-mentioned criteria and has demonstrated its well-working and its effectiveness in practice¹³.

¹² Federal Office for the Environment of Switzerland/ Schweizer Bundesamt für Umwelt (BAFU): <https://www.bafu.admin.ch/de/kommunale-abwasserreinigung>.

¹³ Federal Office for the Environment of Switzerland/ Schweizer Bundesamt für Umwelt (BAFU): <https://www.bafu.admin.ch/de/kommunale-abwasserreinigung>.

- Since 2016, Swiss water legislation has provided the legal framework for the introduction of quaternary treatment aimed at the removal of micropollutants¹⁴. The investment costs for upgrading wastewater treatment plants are co-financed through a dedicated wastewater fund, which covers 75% of the eligible costs¹⁵. This fund is financed by a wastewater levy collected until 2040¹⁶.
- The levy is based on the number of inhabitants connected to a wastewater treatment plant and amounts to a maximum of 9 Swiss franc (CHF) per connected person per year¹⁷. Commercial and industrial operators connected to the wastewater treatment system also pay their contribution¹⁸. The levy is administered through a simple and non-bureaucratic mechanism and is no longer charged once the relevant wastewater treatment plant has been upgraded.
- Ongoing operational costs are subsequently financed through regular wastewater charges borne by all users of the wastewater system, including households as well as connected commercial and industrial entities.

The Swiss model demonstrates that the implementation of quaternary treatment can be achieved through a technically proven, administratively simple and economically viable financing mechanism without the complexity associated with the UWWTD's EPR scheme.

Why has the EU Commission not further evaluated and introduced for implementation in the EU Member States a comparatively simple and practical approach such as the „Swiss model“ for financing and introducing quaternary treatment in urban wastewater treatment plants to remove micropollutants from urban wastewater? This is particularly important in this context, as the Swiss model was already compared with the EPR model by the EU in 2022¹⁹. (Note: The state of Baden-Württemberg in Germany has successfully introduced the quaternary treatment stages for removing micropollutants²⁰ since 2024, the financing and implementation is based on the "Swiss approach" - the additional costs are less than 10 € per person per year²¹ (2024).)

¹⁴ Swiss water protection legislation/ Swiss Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG), Articles 60b and 61a of the revised Swiss water protection legislation / Swiss Gewässerschutzgesetz, in force since 1.1.2016; https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1992/1860_1860_1860/de.

¹⁵ Articles 60b and 61a of the Swiss water protection legislation/ Swiss Gewässerschutzgesetz; https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1992/1860_1860_1860/de.

¹⁶ Article 60b (4) of the Swiss water protection legislation/ Swiss Gewässerschutzgesetz; https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1992/1860_1860_1860/de.

¹⁷ Article 60b (3) of the Swiss water protection legislation / Swiss Gewässerschutzgesetz; https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1992/1860_1860_1860/de.

¹⁸ EU-Final Report on „Feasibility of an EPR system for micro-pollutants“ (2022), page 109: 10.2 Generalised tax approach (Switzerland); <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/14249cbc-5f1c-11ed-92ed-01aa75ed71a1/language-en>.

¹⁹ EU-Final Report on „Feasibility of an EPR system for micro-pollutants“ (2022), page 109 – 111: Page 110: 10.3 Comparison of alternatives with the EPR: (for example:) Legal feasibility - Swiss approach: „Fiscal rules are governed by the Member States and thus difficult for the EU to implement“; <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/14249cbc-5f1c-11ed-92ed-01aa75ed71a1/language-en>.

²⁰ Competence Center for Trace Substances Baden-Württemberg (in Germany) / Kompetenzzentrum Spurenstoffe Baden-Württemberg, <https://koms-bw.de/>.

²¹ Ministry for the Environment, Climate and Energy Sector of Baden-Württemberg: In 2024 „(...) The additional costs of this treatment stage, calculated on a per capita basis, amount to less than 10 euros per

C. EU-harmonized classification of micropollutants subject to EPR requested

The classification of a specific substance as a micropollutant according to UWWTD and the EPR-fee to be paid by the EPR-obliged sector-companies will be directly combined: This is why there should be a broad, flexible and harmonized system of classifications of micropollutants with different staged levels of EPR-fees.

At the same time, it should be clear in particular

- in which cases substances that may be classified as micropollutants are exempted from the EPR obligation under Article 9 of the UWWTD (e.g. because they are rapidly biodegradable, Article 9 (2) b), (5) UWWTD),
- when substances are excluded from classification as micropollutants – and therefore excluded from the EPR requirements - in the first place (e. g. because they never reach the quaternary treatment, because they are inorganic, Recital (18) of the UWWTD).

I. Classification and Non-Classification of specific substances as micropollutants

1. EU-Harmonized classification/ non-classification of a micropollutant needed

Micropollutants are defined in Article 2 (17) UWWTD as

„‘micropollutant’ means a substance as defined in Article 3(1) of Regulation (EC) No 1907/2006 of the European Parliament and of the Council including its breakdown products, that is usually present in the aquatic environment, urban wastewater or sludge and that can be considered hazardous to the environment or human health on the basis of the relevant criteria set out in Parts 3 and 4 of Annex I to Regulation (EC) No 1272/2008, even in low concentrations“.

Pursuant to Article 9 (3) c) UWWTD the EPR-fee to be paid by the EPR-obliged company is a combination of **quantities and hazardousness of the substances** (classified as micropollutants) contained in the products that will be placed on the market:

Article 9 (3) c) UWWTD defines the EPR-fee-obligation to be fulfilled as

*„each producer’s contribution (...) is determined on the basis **of the quantities and hazardousness** in the urban wastewater of the **substances** contained in the products that are placed on the market“).*

These definitions are all very unclear, as they do not indicate when a particular substance is classified as a micropollutant and thus (if further used) the product concerned is subject to the EPR. The EPR fee system as a combination of quantities and hazardousness of the substances contained in the products (classified as micropollutants) also needs to be clarified. This requires further explanations and clarifications, which the EU has not provided for.

person per year (...)); <https://umweltportal.baden-wuerttemberg.de/umweltdaten-bericht-2024/vierte-reinigungsstufe>.

We therefore ask the EU Commission to initiate the following EU harmonizations concerning micropollutants:

- The combination of hazardousness and exposure (“...that is usually present ... even in low concentrations”) which is used for defining micropollutants generates a paradoxon. In contrast to hazardousness according to CLP regulation, the presence and concentration thresholds are not defined. It is not clear which references should be used for determining “usually present”. **In addition, there is no indication, what needs to be considered a “low concentration” and in which cases a concentration might fall below an undetermined threshold level.** In order to avoid arbitrary decisions or inconsistent decisions across EU Member States, either simple, clear and practicable rules are necessary or substance specific reference databases.
- Even if the above mentioned rules would get available, it might lead to scientifically unjustified and unfair burden to some substances, their manufacturers and the companies bringing products with this substance to the market. The reason is that the definition of micropollutant is not only too unspecific and unclear, but also insufficient to decide on the relevance for the environment. **Aspects like potency, adsorption and biodegradation are ignored under the proposed micropollutant definition** and this might lead to flawed regulatory consequences for companies and value chains. EU Commission needs to establish a holistic assessment in order to be able to focus on the right measures and to target the relevant substances.
- Recital (18) of the UWWTD must be applied mandatorily, which states: “(...) *Quaternary treatment should **first focus on organic micropollutants**, which represent a significant part of the pollution and for which removal technologies have already been designed.* (...)”. In contrast, this means that inorganic substances should not be considered as micropollutants, as they can not be targeted by quaternary treatment stages - according to EU-Final Report on „Feasibility of an EPR system for micro-pollutants“ (2022)²².
- The classification of certain substances as micropollutants should be harmonised in the EU Member States: There should be a **uniform, comprehensive classification system with different stages of hazard levels** to determine when a substance is considered a micropollutant and when it is not. This system should be linked to a EPR-fee system, **with different cost levels due to the different hazard level stages and due to the quantity (concentration) of the micropollutant in the product.** It is more likely that, for example, with several fee categories for the continued use of substances classified as micropollutants, the funding basis for the quaternary treatment could be covered. This would ensure that substances (classified or not classified as micropollutants) remain on the market without causing economic losses, market shifts and possible production stops in the EU. A strict and rigid classification system would instead only lead to a strict EPR fee system, which is prohibitive and therefore impractical.

²² EU-Final Report on „Feasibility of an EPR system for micro-pollutants“ (2022), page 50, 51: „*Inorganic substances and water contained in pharmaceutical preparations and Cosmetic Products should be excluded from the scope of EPR because the fourth treatment does not target them. Inorganic substances can be defined as substances that do not contain carbon-hydrogen bonds*“; <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/14249cbc-5f1c-11ed-92ed-01aa75ed71a1/language-en>.

- For the classification of substances potentially classified as micropollutants a **tiered assessment in the frame of Article 2 (17) UWWTD** is required, that takes into account the effects of the specific substances. Only by examining the specific substances, potentially classified as micropollutants, by the individual tiered assessment (for example also by taking into account the PNEC (Predicted No-Effect Concentration)), a realistic classification – also due to the concentration of the substance in the product - can be realized, and justified.
- The **degradability of substances** that, due to their intrinsic properties and their removal from wastewater through e.g., volatilization or adsorption to activated sludge, do not reach the quaternary treatment stage should be taken into account when determining whether a substance qualifies as a liable micropollutant under the UWWTD. From the perspective of the European cosmetics ingredients industry, the criteria for determining whether a substance qualifies as a micropollutant are currently not sufficiently defined. Eligibility for exemption from consideration should not be based solely on rapid biodegradability. Instead, intrinsic substance properties (e., solubility, adsorption potential), wastewater treatment plant (WWTP) removal data (e.g. from OECD 303 studies), inherent biodegradation data (e.g. from OECD 302 tests), and anaerobic biodegradation data (e.g. from OECD 311 studies) should also be considered appropriate evidence to demonstrate that a substance does not constitute a relevant micropollutant contributing to the deterioration of urban wastewater (for example, because it is effectively removed from the wastewater or is not persistent) and/or does not reach the quaternary treatment stage to be removed therein. Consequently, such substances should not be classified as liable micropollutants.

2. EU-harmonized application of derogations from the EPR-obligation needed

Pursuant to Article 9 (2) UWWTD

Member States shall exempt producers from their extended producer responsibility under Article 9 (1) UWWTD where the producers can demonstrate any of the following:

*(a) the quantity of the **substances contained in the products** they place on the Union market **is below 1 tonne per year**;*

*(b) the substances contained in the products they place on the market **are rapidly biodegradable in wastewater** or do not generate micropollutants in wastewater **at the end of their life.***

Pursuant to Article 9 (5) UWWTD:

*„The Commission is empowered to adopt implementing acts to establish detailed criteria on the uniform application of the condition laid down in paragraph 2, point (b), **to specific categories of product and their biodegradability or hazardousness**. Those implementing acts shall be adopted in accordance with the examination procedure referred to in Article 28(2) no later than 31 December 2027.“*

It is still not understandable and clear when a derogation applies to an EPR-obliged micropollutant and when it does not:

- Concerning the derogation of Article 9 (2) a), we could assume that the amount of substance of a potential micropollutant used in a product is calculated within the EU to be 1 tonne and that the derogation applies if the total amount of a substance in these products placed on the market in the EU in total is less than 1 tonne. But still much more clarification is requested. For example: To what does the 1 tonne refer: Per company? Or legal entity? Aggregated over all European legal entities of a company? Or aggregated for all legal entities in one EU Member State?
- EU is - pursuant to Article 9 (5) UWWTD - planning an implementing act for uniform application of Article 9 (2) b) UWWTD on specific categories of product and their biodegradability or hazardousness: It is still completely unclear at this point what exactly is meant by the derogation criteria with regard to **specific categories of product and their biodegradability or hazardousness**. In this context it is still not revealed, how „rapidly biodegradable in wastewater“ will be defined and which criteria must be fulfilled.
- It is also unclear how exactly Article 9 (2) b) UWWTD should be applied uniformly with regard to **substances contained in products that „do not generate micropollutants in wastewater at the end of their life“**. This important exception also requires early clarification and further explanation.

The relevant stakeholders should be involved and consulted at the most early stage regarding this planned implementing act. Also the European cosmetic raw materials industry represented by the European Federation for Cosmetic Ingredients (EFfCI), that could contribute expert knowledge from the member companies on biodegradability or hazardousness of substance, and TEGEWA as national Association should be involved.

We would like to point out that in our view it is **contradictory** for individual EU Member States to ultimately decide (in a different manner) which substances are classified as micropollutants, while the EU, pursuant to Article 9 (5) of the UWWTD, is supposed to determine **the uniform application in an implementation act of the derogation laid down in Article 9 (2) point (b) UWWTD** to specific categories of product and their biodegradability or hazardousness.

In return, other exceptions in Article 9 (2) a) UWWTD will again be regulated only by national legislators. All this results in an inconsistency of application of derogations within the EU members states that would have required chemical and legal clarity.

However, it should also be clear to the EU Commission that the industrial companies concerned must prepare to implement the requirements and need sufficient time to do so. Without harmonised application and clear derogations, the implementation as desired can hardly actually succeed.

We therefore ask the EU Commission to take action as soon as possible to clarify the exceptions in more detail and to ensure that the exceptions are applied in a harmonised manner across the EU. All relevant stakeholders – like EFfCI and TEGEWA - should be integrated urgently in this process.

II. Different, inconsistent application on micropollutants and EPR-derogations within the EU Member States

As a result of non-harmonization of classification of specific substances as micropollutants within the 27 EU Member States, there will certainly be

- different definitions/ classification systems of micropollutants within the 27 EU Member States
- different fee structures for EPR-obliged companies in each EU Member State,
- variations in the scope and pace of implementation of quaternary treatments in each EU Member State, etc.

It could therefore be the case that – due to different definitions/ classifications of a specific substance as a micropollutant in each EU Member State

- a substance in a product triggers EPR in one EU Member State - but not in another.
- EPR obligations for manufacturing/ importing a product may be very costly in one EU Member State - but maybe less costly in another.
- a strict fee-EPR-system in one Member State with strict micropollutants-classifications could lead (due to the maybe high fees for further using a specific substance that is classified as a „micropollutant“) to market shifts regarding EPR-related products and substances (micropollutants/ non-micropollutants) used in those products.

An EU-wide harmonization of classification of a specific substance as a EPR-obliged „micropollutant“ and a harmonized EPR-cost-structure within the EU is not foreseen. But instead of this, a uniform application of the derogation for micropollutants via Article 9 (2) b) UWWTD is regulated in Article 9 (5) UWWTD. This inconsistent implementation of classification of micropollutants by the EU could within the application of derogations lead to

- different approaches within the 27 EU Member States as to when an derogation applies, as each Member State makes its own classification of micropollutants, which are ultimately the basis of the derogations.
- 27 different EPR-fee-systems, which must include and apply the exceptions by national regulation (with reference to the foreseen implementation act, Article 9 (5) UWWTD).

It is unlikely that the EU Member States will be able to meet the objectives of the UWWTD regarding quaternary wastewater treatment (as set in Article 8 of the UWWTD) due to numerous, important “system uncertainties“. Additionally, this could cause serious competition distortions in the market of European cosmetic raw material manufacturers, supply chain disruptions, production stops and market shifts within the European cosmetic raw materials industry.

We ask EU Commission to provide within the EU Member States

- **a uniform application of the classification of micropollutants,**
- **a uniform consideration of degradability of micropollutants, that do not even reach the quaternary treatment, and that must be excluded as EPR-obliged micropollutants,**
- **a uniform application of substances, that are generally excluded from the classification as micropollutants (e. g. inorganic substances)/ from EPR-requirements,**
- **a uniform application of the derogations,**

- include urgently all relevant stakeholders in the process of clarifying the derogations in Article 9 (2) and (5) UWWTD, especially on „rapid biodegradability“ of micropollutants.

D. EU-wide enforcement system needed for companies outside of Europe that wish to import their EPR-obliged products into the EU

According to Article 29 (1) UWWTD „Member States shall lay down the rules on penalties applicable to infringements of national provisions adopted pursuant to this Directive and shall take all measures necessary to ensure that they are implemented. The penalties provided for shall be effective, proportionate and dissuasive (...)“.

We ask EU Commission to establish an enforcement system also for companies outside of Europe that wish to import their EPR-obliged products into the EU, for the following reasons:

- (1) EU should start to introduce control- and enforcement mechanisms in cooperation with each Member State that make it possible to require companies from non-EU countries to pay the EPR fee if their products are subject to EPR (e.g., through customs control mechanisms) and are planned to be imported in the EU.
- (2) If these companies subject to EPR outside the EU are not required to pay their share, the contribution for companies subject to EPR within the EU could potentially rise to ensure funding basis for the quaternary treatment in each Member State. This, in turn, could lead to even fewer substances being used in the product or numerous products being withdrawn from the market, as EPR fees for the two sectors involved would rise overall to meet the predetermined funding target (quaternary treatment stage).
- (3) Should the EU fail to introduce a monitoring mechanism in cooperation with the EU Member State authorities for companies outside the EU subject to EPR this could significantly weaken the competitiveness of European industrial cosmetic raw materials companies and create considerable scope for distortions of competition.
- (4) The EU would also weaken its own EU-plans - like for example the just founded EU-Critical Chemicals Alliance (CCA; [The Critical Chemicals Alliance - Internal Market, Industry, Entrepreneurship and SMEs](#)).

Frankfurt am Main, 6. August 2026

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Abteilung IV Industrie

MinDir` in Dr. Baron

Scharnhorststr. 34-37

10115 Berlin

Vorab per Mail an: buero-iv@bmwe.bund.de

Frankfurt, den 19.08.2026

Betreff: Umsetzung der erweiterten Herstellerverantwortung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie (KARL) in nationales Recht

Sehr geehrte Frau Dr. Baron,

als Verband TEGEWA e. V. vertreten wir Hersteller von Kosmetischen Rohstoffen und Pharmazeutischen Hilfsstoffen, sowie Hersteller von z. B. Textil- und Lederhilfsmitteln, Papierhilfsmitteln, Tensiden, Komplexbildnern, Antimikrobiellen Mitteln, Polymeren Flockungsmitteln.

In diesem Zusammenhang vertreten wir Industrieunternehmen, die kosmetische Rohstoffe herstellen und die – auch wenn diese Stoffhersteller selbst nicht der erweiterten Herstellerverantwortung (EPR – Extended Producer Responsibility) der EU-Kommunalabwasserrichtlinie (KARL) in Artikel 9, Anhang III der KARL unterliegen – von der Einstufung von Stoffen als potenzielle Mikroschadstoffe betroffen sein können, die für den Hersteller/ Importeur des Kosmetikprodukts eine Zahlungsverpflichtung im Rahmen der EPR auslöst, sofern ein als Mikroschadstoff eingestufteter Stoff in dem (auf dem europäischen Markt) in Verkehr zu bringenden Produkt weiterverwendet wird (Artikel 9, 10, Anhang III der KARL).

Wir begrüßen und unterstützen grundsätzlich die Ziele der KARL, eine vierte Reinigungsstufe in kommunalen Kläranlagen einzuführen, um Mikroschadstoffe, die eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit und die Umwelt darstellen, aus kommunalem Abwasser zu entfernen.

I. Allerdings muss sichergestellt werden, dass die finanziellen Implementierungsmaßnahmen zur Einführung einer vierten Reinigungsstufe

- gezielt,
- praktikabel,
- unbürokratisch und
- effizient

/2

ausgerichtet sind, um das Ziel auch tatsächlich erreichen zu können - und auch den richtigen Verursacher treffen.

Dies sehen wir mit der Einführung der erweiterten Herstellerverantwortung (EPR – Extended Producer Responsibility) in Artikel 9, 10, Anhang III der KARL als nicht sichergestellt an.

Im Gegenteil:

- Die rechtlichen Vorgaben der KARL zur Einstufung von Mikroschadstoffen in Verbindung mit der Implementierung einer vierten Reinigungsstufe in kommunalen Kläranlagen (u. a. Artikel 9, 10, 2 (17), 8, Anhang III der KARL) sind unserer Ansicht nach derart „unausgereift“, daß sie nicht dazu führen können, das Ziel der Einführung einer vierten Reinigungsstufe zur Entfernung von (organischen) Mikroschadstoffen aus dem kommunalen Abwasser **realistischerweise finanziell und strukturell** langfristig zu erreichen. Zugleich werden die Hersteller von kosmetischen Rohstoffen mit erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen zu kämpfen haben. Damit könnten zahlreiche Substanzen (ob nun als Mikroschadstoff eingestuft oder nicht) nicht mehr auf dem europäischen Markt verfügbar sein. Zahlreiche Ziele der EU – wie z. B. die jüngst gebildete Critical Chemicals Alliance dürften somit im Kosmetikbereich ad absurdum laufen.
- Zudem wird vollkommen außer Acht gelassen, dass letztlich alleine der Verbraucher **entscheidet**, welches Produkt er kauft und wie er es **entsorgt** (d. h. welchen Emissionspfad z. B. ein ungenutztes Produkt letztlich in der Realität nimmt). In diesem Zusammenhang wollen wir auch auf den **wasserrechtlichen Sorgfaltsgrundsatz des § 5 (1) Wasserhaushaltsgesetz (WHG)** hinweisen, wonach jeder Verbraucher („jede Person“) verpflichtet ist, eine nachteilige Veränderung der Gewässereigenschaften zu vermeiden (z. B. durch unsachgemäße Entsorgung von z. B. ungenutzten, alten Kosmetikprodukten, die zu Abfall werden, über das Abwasser).

II. Wenn bestimmte Substanzen, die potenziell als Mikroschadstoff eingestuft werden, und somit für deren weitere Nutzung im in den Verkehr zu bringenden Kosmetikprodukt eine EPR-Gebühr anfällt, könnten diese Substanzen direkt aus dem Produkt herausformuliert werden und durch eine andere Substanz ersetzt werden.

Zugleich aber könnte eine Substanz nicht einfach substituiert, sondern ganze Produkte im Bereich Kosmetik vom Markt genommen werden, z. B. wenn eine Umformulierung nicht möglich ist. In diesem Fall könnten sowohl Substanzen, die nunmehr als Mikroschadstoffe eingestuft werden, als auch solche Substanzen, die nicht als Mikroschadstoffe eingestuft werden, aber nun einmal in diesem Produkt enthalten waren, vom europäischen Markt der kosmetischen Rohstoffe verschwinden und nicht mehr verfügbar sein.

Dies alles würde zur Folge haben, dass die vierte Reinigungsstufe nicht finanziert werden kann, da die vom Bundesumweltministerium (BMUKN) im Rahmen eines vom BMUKN zu planenden EPR-Gebührenmodells - in Kopplung an die Einstufung spezifischer Substanzen als Mikroschadstoffe - zu avisierenden Gebühren einfach nicht wie vorgesehen bei der Producer Responsibility Organisation (PRO) nach Artikel 9, 10, Anhang III der KARL „eingehen“.

Die Gebührenpflichtigkeit als solche stellt insofern **nicht die tatsächliche Finanzierungsgrundlage sicher**, wenn bestimmte als Mikroschadstoffe eingestufte Substanzen einfach nicht mehr in Kosmetikprodukten genutzt bzw. eingesetzt werden.

III. Aus unserer Sicht ist das **Schweizer Modell der Einführung einer vierten Reinigungsstufe** – wie es bereits erfolgreich in Baden-Württemberg eingeführt wurde – das effizienteste Modell ist, um eine vierte Reinigungsstufe gezielt, finanziell sichergestellt, unbürokratisch, langfristig praktikabel und effektiv implementieren zu können und andererseits eine weitere Abwanderung von industriellen Herstellern von kosmetischen Rohstoffen nach außerhalb der EU zu verhindern und enorme wirtschaftliche Schäden in dieser Industriebranche zu vermeiden.

Dabei wird die Abwassergebühr von allen an die kommunale Kläranlage angeschlossenen Personen und gewerblichen Betrieben bezahlt, wonach – laut Umweltportal Baden-Württemberg - in 2024 die Zusatzkosten dieser Reinigung, umgerechnet auf die Bevölkerung, bei unter 10 Euro pro Person und Jahr lagen ([Vierte Reinigungsstufe - Umweltportal Baden-Württemberg](#)).

Wenn Baden-Württemberg hier aufzeigt, wie es funktioniert – weshalb wurde europaweit das Heranziehen des „Schweizer Modells“ niemals in Betracht gezogen - obwohl es im Rahmen des „Feasibility of an EPR system for micro-pollutants“-Report der EU (2022)“ mit dem EPR-System verglichen worden war? Das „Schweizer Modell“ wurde hier u. a. abgelehnt, da in den 27 Mitgliedsstaaten unterschiedliche abgabenrechtliche Vorgaben vorgesehen sind. In diesem Zusammenhang ist nicht nachvollziehbar, nunmehr stattdessen ein EPR-System einführen zu wollen, das in 27 Mitgliedsstaaten mit potenziell 27 unterschiedlichen Einstufungen von Substanzen als Mikroschadstoffe und 27 daran gekoppelte unterschiedlichen EPR-Gebührenmodellen einhergeht. Dies wird massive Wettbewerbsverzerrungen im EU-Raum nach sich ziehen. Der abgabenrechtliche Vorteil eines EPR-Modells gegenüber dem „Schweizer Modell“ - **das im Bundesland Baden-Württemberg bereits erfolgreich realisiert wurde** – erschließt sich nicht.

IV. Wir befürchten durch die Umsetzung der EPR **massive wirtschaftliche Auswirkungen auf die Industrie der Kosmetikrohstoffhersteller**: Neben erheblichen Marktverschiebungen, Wettbewerbsverzerrungen, enormen wirtschaftlichen Effekten auf unsere Kosmetikrohstoffindustrieunternehmen, könnte dies eine weitere Abwanderung von Industrieunternehmen dieses Industriezweigs in das EU-Ausland bedeuten. Bestimmte Substanzen (auch solche ohne MikroschadstoffEinstufung) wären zudem auf kurz oder lang nicht mehr am europäischen – und somit nationalen – Markt verfügbar.

Die außereuropäische Industrie würde somit gestärkt und unsere Mitgliedsunternehmen geschwächt werden.

V. In diesem Zusammenhang haben wir das Bundesumweltministerium (BMUKN), Abteilung W - Wasserwirtschaft, Gewässer- und Meeresschutz, Frau Dr. Wilcken, über unsere Besorgnisse informiert und dem BMUKN dazu das beiliegende Schreiben zukommen lassen (Anlage 1).

VI. Weitere Informationen ergeben sich aus dem (englischsprachigen) TEGEWA-Positionspapier zur EPR der KARL, das wir Ihnen beiliegend mit der Bitte um Kenntnisnahme übersenden (Anlage 2).

Als TEGEWA möchten wir uns gerne gemeinsam mit unseren betroffenen Mitgliedsunternehmen und unserer Expertise in den Prozess zur Umsetzung der EPR der KARL in nationales Recht einbringen und stehen hier jederzeit für einen konstruktiven Dialog zur Verfügung.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn auch das Bundeswirtschaftsministerium sich beteiligen würde, und sich ebenfalls für den Ansatz des „Schweizer Modell“ einsetzen würde.

Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Ralf Kattaneck

Geschäftsführer
Verband TEGEWA e. V.



Ass. jur. Sakina Wagner LL.M. Eur.

Referentin
Verband TEGEWA e. V.